

41. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. April 1961

203/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. B e c h i n i e , M o s e r und Genossen
an den Bundeskanzler und an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend ein Inserat der Firma Lombard Banking Limited, London, in der
"Wiener Zeitung".

-.-.-.-.-

In der "Wiener Zeitung" vom 7. April 1961 ist auf Seite 3 ein grosses
Inserat der Firma Lombard Banking Limited, London, erschienen, durch das die
Bevölkerung aufgefordert wird, bei diesem britischen Kreditinstitut Spargelder
zu einem Zinssatz von 6 % p.a. anzulegen, wobei die Zinsen ohne Abzug der Ein-
kommensteuer des Vereinigten Königreiches ausbezahlt werden.

Da Deviseninländer ohne Bewilligung der Oesterreichischen Nationalbank keine
Bankguthaben im Ausland bilden oder aufrechterhalten dürfen und da die Prüfungs-
stelle für den Zahlungsverkehr mit dem Ausland derartige Bewilligungen grund-
sätzlich nicht erteilt, würde sich jede in Österreich wohnhafte Person, die dem
Inserat Folge leistet, eines Devisenvergehens schuldig machen.

Wenn es nun auch richtig sein mag, dass es an sich keinem ausländischen
Kreditinstitut verwehrt werden kann, trotz dieser Rechtslage ein derartiges
Inserat in Österreich einzuschalten, so wirkt es doch äusserst befremdend, dass
gerade die von der Republik Österreich herausgegebene "Wiener Zeitung" einen
solchen Einschaltungsauftrag übernommen und durchgeführt hat, während in anderen
Tageszeitungen dem Vernehmen nach keine solche Annonce erschienen ist.

Wenn in dieser Angelegenheit nicht eingeschritten wird und wenn sich ähn-
liche Fälle wiederholen sollten, so könnte dies geradezu den Eindruck einer amt-
lichen Aufforderung zum Verstoß gegen das Devisengesetz erwecken und überdies die
österreichische Volkswirtschaft erheblich schädigen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanz-
ler und an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit zu untersuchen wie es möglich war,
daß die von der Republik Österreich herausgegebene "Wiener Zeitung"
den Inseratenauftrag des britischen Kreditinstitutes angenommen und
durchgeführt hat?

42. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. April 1961

- 2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um eine Wiederholung eines solchen Vorkommnisses zu vermeiden?
- 3.) Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, die Oesterreichische Nationalbank anzuweisen, die Bevölkerung unter Bezugnahme auf das Inserat in der "Wiener Zeitung" auf die einschlägigen Bestimmungen des Devisengesetzes hinzuweisen?

-.-.-.-